

EDITORIAL

P. Christian Hauswedell

Über den Stellenwert Asiens in der deutschen Außenpolitik

Asien rangiert in der Prioritäten- Rangliste der deutschen Außenpolitik erst nach der europäischen Integration, den transatlantischen Beziehungen, dem Verhältnis zu Russland und den osteuropäischen Staaten, schließlich auch nach dem Nahen und Mittleren Osten und muss sich zudem insbesondere in letzter Zeit auch noch die Aufmerksamkeit und Zuwendung mit dem Krisenkontinent Afrika teilen. Diese Rangordnung entspricht der politischen Geographie und unserer Geschichte; insbesondere die ersten drei Prioritäten basieren bei uns auf einem überparteilichen Konsens.

Aber darüber hinaus lässt sich trefflich streiten, welcher der vier Weltregionen (Asien, Afrika, Lateinamerika sowie Naher und Mittlerer Osten) wir die größte Aufmerksamkeit einräumen sollten. Durch die geographische Nähe, das auch uns gefährdende Konfliktpotential und durch die besondere Beziehung zum Staat Israel behauptet der Nahe und Mittlere Osten in der deutschen Außenpolitik jedenfalls einen größeren Stellenwert als Asien.

Dabei ist es evident, dass die weltpolitische und insbesondere die weltwirtschaftliche Bedeutung Asiens mit den drei großen Mächten China, Japan und Indien nicht nur schon jetzt, sondern auch langfristig für Deutschland und Europa von größerer Bedeutung als der Nahe und Mittlere Osten ist. Der Ausbau guter Beziehungen und die multilaterale Partnerschaft mit allen Staaten Asiens sind von großer Bedeutung für unsere Volkswirtschaft und für unser Ziel der Erhaltung des Friedens und der weltpolitischen Stabilität. Deutschland und Europa haben in Asien im Sinne der Sicherheitspolitik zwar kein strategisches Gewicht, aber sie haben elementare strategische Interessen, die trotz der geographischen Distanz zu Asien bedeutender sind als in den drei anderen Weltregionen, die uns zum Teil näher liegen. Es sollte deshalb durchaus darüber nachgedacht werden, Asien in unseren Außenbeziehungen auch offiziell einen höheren Rang einzuräumen.

Da trifft es sich gut, dass die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages im Herbst des vergangenen Jahres ein eigenes Strategie-Papier zu Asien vorgelegt und damit den Stellenwert dieser Region in der Weltpolitik bestätigt hat. Einige der Empfehlungen für die zukünftige Ausrichtung der deutschen Asien-Politik sind jedoch problematischer und werden sich schwerer verwirklichen lassen. Wenn be-

dauert wird, dass deutsche Asien-Politik sich zu sehr auf China konzentriert und andere Staaten vernachlässigt habe, dann soll das wohl als Kritik der Asien-Politik der Regierung von BK Schröder verstanden werden. Aber in der Realität ist China von allen bisherigen Bundesregierungen sowohl wirtschaftlich als auch politisch berechtigt als Schlüsselland Asiens empfunden worden und weist auch eine höhere Besuchs- und Konsultationsdichte auf als die Beziehungen mit Japan oder Indien. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Amtszeit China bereits zwei Mal besucht, während sie Japan und Indien nur einmal besuchte. Trotz der chinesischen Kritik am Empfang des Dalai Lama steht die Bundeskanzlerin deshalb in der Kontinuität bisheriger deutscher China-Politik. Wenn der Eindruck besteht, dass andere Staaten, insbesondere die kleinen Staaten, über China vernachlässigt werden, dann sollte die Bundesregierung ihre Besuchsdiplomatie entsprechend adjustieren.

Ein anderer Vorschlag des CDU/CSU-Strategiepapiers lautet, dass die Bundesrepublik ihre Zusammenarbeit mit den Demokratien in Asien verstärken sollte. So löblich der Vorsatz ist, sollte er angesichts des Mangels an wirklich lupenreinen Demokratien in Asien nur mit Augenmaß und Zurückhaltung verfolgt werden, da wir sonst unser außenpolitisches Partnerspektrum einschränken würden. Der Vorschlag birgt auch Gefahren, da wir dann folgerichtig mehr mit dem demokratischen Taiwan als mit dem autoritären China zusammenarbeiten müssten. Wir wären gut beraten, wie bisher mit allen politischen Systemen und Kulturen in Asien gute Beziehungen zu pflegen, auf graduellen Wandel zu mehr Demokratie und Menschenrechten zu setzen und hinsichtlich des Demokratieexports, der nach Abu Ghraib und Guantanamo ohnehin keinen guten Ruf hat, gerade in Asien in dieser Hinsicht etwas leiser aufzutreten.